

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-004551/2025**

**an die Vizepräsidentin der Kommission/Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik**

Artikel 144 der Geschäftsordnung

**Nikos Papandreou (S&D), Sebastian Everding (The Left), Daniel Attard (S&D), Miriam Lexmann (PPE), Maria Zacharia (NI), Evin Incir (S&D), Michalis Hadjipantela (PPE), Nikos Pappas (The Left), Antonio López-Istúriz White (PPE), Elisabeth Grossmann (S&D), Francisco Assis (S&D), Hannes Heide (S&D), Hilde Vautmans (Renew), Pina Picierno (S&D), Yannis Maniatis (S&D), Andrey Kovatchev (PPE), Sakis Arnaoutoglou (S&D), Maria Guzenina (S&D)**

Betrifft: Die widerrechtliche Beschlagnahme von Eigentum der Baha'i im Iran

In letzter Zeit haben die iranischen Behörden die widerrechtliche Beschlagnahme von Eigentum der Baha'i verstärkt. Diese Maßnahmen sind Teil eines seit 40 Jahren andauernden Musters staatlich geförderter Enteignungen, die seit der Islamischen Revolution vollzogen werden. Seitdem haben die Behörden heilige Stätten, Friedhöfe, Wohnhäuser und Unternehmen beschlagnahmt und Bankkonten eingefroren, wodurch Familienleben zerstört und Menschen ihrer Lebensgrundlage, Chancen auf Bildung und ihrer medizinischen Versorgung beraubt wurden. Diese Maßnahmen, die vermeintlich nach Artikel 49 der iranischen Verfassung gerechtfertigt sind, stellen einen offenkundigen Missbrauch der Rechtsvorschriften dar.

Ein Richter am Sondergericht für Artikel 49 hat Berichten zufolge seine Absicht erklärt, „die Leben der Baha'i zu zerstören“ und „allen Baha'i in Isfahan ihre Besitztümer zu entziehen“.

Die beschlagnahmten Besitztümer werden der Organisation zur Ausführung der Befehle des Imams Chomeini (EIKO) übertragen, einem einflussreichen, staatsnahen Konglomerat, das dem Obersten Führer des Irans direkt unterstellt ist. Diese Organisation hat entscheidend zur wirtschaftlichen Ausbeutung und Verarmung der Baha'i beigetragen und profitiert seit geraumer Zeit von jenen Vermögenswerten, derer die Mitglieder dieser friedlichen Religionsgemeinschaft enteignet wurden.

Angesichts dieser Entwicklungen wird die Vizepräsidentin und Hohe Vertreterin gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche konkreten Maßnahmen wird die EU ergreifen, um die Organisation zur Ausführung der Befehle des Imams Chomeini und die iranischen Behörden für die andauernde, widerrechtliche Enteignung der Lebensgrundlage der Baha'i zur Rechenschaft zu ziehen?
2. Welche sofortigen Maßnahmen wird die Vizepräsidentin und Hohe Vertreterin treffen, um die wirtschaftliche Ausbeutung der Baha'i im Iran zu verhindern?

Eingang: 14.11.2025